ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hefeker, Carsten

Article — Published Version

Verkauf der Goldreserven? Bundesbank

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hefeker, Carsten (2004) : Verkauf der Goldreserven? Bundesbank, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 84, Iss. 2, pp. 70-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/69074

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Renten

Große Kommunikationsprobleme

Nach der größten Deutschen Boulevardzeitung liegt „Rentenklau“ vor, weil durch die Gesundheitsreform seit Jahresbeginn der volle Krankenkassenbeitrag auch auf Betriebsrenten erhoben wird und Einmalzahlungen aus Direktversicherungen nun auch unter die Beitragspflicht fallen. Und natürlich tut sich aufgrund der Fiktion der paritätischen Finanzierung – die BfA zahlt als „Arbeitgeber“ für die gesetzlichen Renten den halben Beitragssatz zur Krankenkasse – auch eine „Gerechtigkeitslücke“ auf. Auf der anderen Seite müssen jedoch ab dem 1. April auch die gesetzlichen Rentner die Beiträge zur Pflegeversicherung voll tragen. Daß bei derlei unsystematischem Regelungen zwangsläufig Kommunikationsprobleme zwischen den Regierenden und dem Volk auftreten, ist nicht verwunderlich.

Diese werden sich in Zukunft noch verstärken, denn durch das vorgesehene Alterseinkünftegesetz sollen schon ab 2005 die Renten schrittweise besteuert und die Beiträge von der Besteuerung frei gestellt werden. Diese sogenannte nachgelagerte Besteuerung ist vom Bundesverfassungsgericht zu Recht eingefordert worden und alles andere als eine „Abzocke“ des Finanzministers. Sicher ist dies für die Betroffenen schmerzlich, zumal in diesem Jahr die Renten nicht erhöht werden. Es ist sogar mit weiteren Einschnitten zu rechnen, da 2004 noch der „Nachhaltigkeitsfaktor“ beschlossen wird, der die Rentenanpassungen und damit das Rentenniveau von der demographischen Entwicklung abhängig machen soll. All dies dürfte dazu führen, daß nach 2030 anstelle des heutigen Bruttorentenniveaus von 53% des letzten Durchschnittseinkommens vor Steuern nur noch eines von knapp über 40% oder – je nach Entwicklung – noch weniger erreicht werden wird. Will man hier eine Untergrenze von z.B. 43% einziehen, dann müßte die Lebensarbeitszeit möglichst bald erhöht werden. Anderenfalls wäre ein Beitragssatz von maximal 22% kaum zu halten. ogm

Pflegeversicherung

Wie Familien entlasten?

Seit Gerhard Schröder das Amt eines Parteivorsitzenden der SPD aufgegeben hat, wird spekuliert, ob unter der Führung seines designierten Nachfolgers Franz Müntefering der Reformeifer der Bundesregierung nachlassen wird. Den ersten Tritt auf die Reformbremse hatte allerdings der Bundeskanzler schon davor getan: Er stoppte den Gesetzentwurf des Bundessozialministeriums zur Reform der Pflegeversicherung. Dieser sah vor, der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach einer Entlastung der Kindererziehenden bei der Finanzierung der Pflegeversicherung dadurch nachzukommen, daß für Kinderlose ein Zuschlag von 2,50 Euro auf ihre Beiträge zur Pflegeversicherung erhoben werden sollte. Abgesehen davon, daß Eltern dadurch „entlastet“ werden sollten, indem Nichteltern belastet werden, sollten auch jene Eltern belastet werden, deren Kinder nicht mehr kindergeldfähig sind. Der Bundeskanzler stoppte diesen Plan – wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß er schwer zu kommunizieren sein dürfte. Noch in diesem Jahr – so das Karlsruher Urteil – muß allerdings eine Lösung gefunden werden.

Wie auch immer diese Lösung aussehen mag – sie sollte in die Überlegungen über eine grundsätzliche Reform passen. Denn diese ist nicht nur angesichts der seit 1999 steigenden Defizite unausweichlich: wenn nichts geschieht, sind die Reserven in drei bis vier Jahren aufgebraucht; steigende Beitragssätze würden aber, wenn sie weiterhin paritätisch finanziert würden, den Faktor Arbeit belasten – mit allen beschäftigungspolitischen Konsequenzen. Stabile Beitragssätze wiederum würden aber den realen Leistungsumfang mit der Folge schrumpfen lassen, daß die Pflegebedürftigen zunehmend der Sozialhilfe anheim fallen. Vorschläge für einen Übergang zu einem stärker kapitalgedeckten System – sei es von der Herzog-Kommission oder von der Rürup-Kommission – liegen vor, und der Familienlastenausgleich gehört – Karlsruhe hin, Karlsruhe her – in das Steuer- und Transfersystem. may

Arbeitsmarktstatistik

Bereinigung senkt Arbeitslosenzahl

Seit dem Frühjahr 2003 ist die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen rückläufig. Seit vergangenem Mai ist die Zahl insgesamt um 160 000 gesunken, allein von Dezember auf Januar um 81 000 Personen. Eine Besserung der Arbeitsmarktsituation bedeutet das allerdings nicht. Vielmehr ist der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit vor allem eine Folge der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik im Gefolge der Hartz-Reformen. Ein Teil der ehemals Arbeitslosen wurde von den Personal-Service-Agenturen „übernommen“ (knapp 32 000), von denen aber wiederum nur ein kleiner Teil in den ersten Arbeitsmarkt übergeleitet werden konnte. Ein anderer Teil „gründete“ sogenannte Ich-AGs (100 000 Personen) – mit recht fraglichen

Erfolgsperspektiven. Andere erfüllten die verschärften Mitwirkungs- bzw. Zumutbarkeitskriterien nicht und wurden deshalb aus der Statistik „verbannt“. Seit Beginn dieses Jahres schließlich werden die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (81 000) nicht mehr in der amtlichen Arbeitslosenstatistik mitgezählt. Ohne all dies wäre die Zahl der Arbeitslosen weiter angestiegen statt gesunken.

Zweifelsohne sind alle Maßnahmen, die die Integration Arbeitsloser wieder in den ersten Arbeitsmarkt fördern, zu begrüßen. Solange dieser Personenkreis aber finanziell gefördert werden muß, ist die vollständige Integration nicht gegeben. Sicherlich gibt es auch jene, die sich nur arbeitslos melden, um bestimmte Ansprüche aufrechtzuerhalten, aber nicht mit letzter Konsequenz an einer Arbeitsaufnahme interessiert sind. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Arbeitslose, die keine Leistungsansprüche haben und sich deshalb gar nicht erst registrieren lassen, so etwa viele Personen aus der sogenannten Stillen Reserve. Zu einer Arbeitslosenstatistik, die alle jene erfaßt, die arbeitswillig sind, aber nicht adäquat vermittelt werden können, ist es noch ein weiter Weg. jh

Bundesbank

Verkauf der Goldreserven?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke hat vorgeschlagen, einen Teil der Goldreserven der Bundesbank zu verkaufen und mit den Erlösen eine Bundesstiftung Bildung und Forschung zu finanzieren. Die Aufstockung solcher Fonds ist zu begrüßen, und daß die Bundesbank sich daran beteiligen will, ist eine noble Geste. Weniger klar ist hingegen, wieso Welteke meint, die Bundesbank könne vorschreiben, was mit ihren Gewinnen, die dem Bundesfinanzminister zustehen, geschehen soll. Die Befürchtung Weltekes, daß die Erträge sonst irgendwie versickern, ist wohl berechtigt, aber dennoch ist es nicht an der Bundesbank, solche Bedingungen zu formulieren.

Die Idee, die Goldreserven zu verkaufen, ist auch deshalb positiv zu bewerten, weil es sich bei den Reserven um ein Relikt aus alten Zeiten handelt, in denen man noch glaubte, nur Edelmetall sei eine sichere und wertstabile Anlage. Mit der Reservehaltung in Form von Gold wird auf erhebliche Finanzmittel verzichtet, denn andere Formen von Währungsreserven werfen höhere Erträge ab. Eine Umschichtung der Währungsreserven wäre also angebracht, so wie dies auch schon andere Zentralbanken vorgemacht haben. Eine andere Frage ist hingegen, ob die Währungsreserven der Bundesbank zu hoch sind. Die Bundesbank scheint dies zu glauben, und in der Tat spricht in Zeiten der Währungsunion einiges dafür. Der Bedarf an Intervention auf Devisenmärkten zumindest ist deutlich gesunken.

Der Haken ist nur, daß ein Verkauf der Bestände den Goldpreis weiter senken wird und damit auch die Erträge aus dem Verkauf zurückgehen werden. Der Preisverfall wird noch weiter durch die öffentliche Diskussion geschürt. Sie ist somit bestens geeignet, von den Plänen der Bundesbank am Ende nicht viel übrig zu lassen. Bislang sind noch alle Versuche, den alten Goldschatz zu versilbern, gescheitert. ch

CO_2-Emissionshandel

Tauziehen um die Allokation

Ende Januar 2004 legte das Bundesumweltministerium einen Entwurf des Allokationsplans vor, der für die Sektoren Energiewirtschaft und Industrie ein jährliches Emissionsbudget von 486 Mill. t CO_2 für den Zeitraum 2005-07 vorsieht. Aktuell emittieren diese Sektoren ca. 505 Mill. t CO_2/Jahr. Die Festlegung der sektoralen Emissionsziele erfolgte unter Berücksichtigung der aktuellen Emissionen aller Sektoren, Emissionsprognosen bis 2012 sowie der Selbstverpflichtungserklärung der Wirtschaft.

Frühe Klimaschutzmaßnahmen, Prozeßemissionen, Neuemittenten und effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sollen Sonderzuteilungen erhalten. Da diese Sonderzuteilungen aus dem Emissionsbudget von Energiewirtschaft und Industrie gespeist werden, verschärfen sich die Minderungsquoten auf ca. 7,5%. Wenngleich der Entwurf des Bundesumweltministeriums die wesentlichen Forderungen der Wirtschaft berücksichtigt, lehnt der Bundesverband der deutschen Industrie ihn strikt ab. Um das aufkeimende Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden, fordert er eine Abschwächung der Minderungsziele. Vor dem Hintergrund der internationalen Verpflichtungen Deutschlands ist dies jedoch nur möglich, wenn den Sektoren Verkehr und Haushalte schärfere Ziele auferlegt werden oder die Bundesregierung Zertifikate aus dem Ausland zukauft. Ersteres ist mit höheren Kosten verbunden, letzteres würde zu Lasten des Steuerzahlers gehen.

Damit sehen wir wieder einmal das „not in my backyard“-Syndrom: Klimaschutz ja, aber nicht zu meinen Lasten. Nur gut, daß das Bundesumweltministerium von einer teilweisen Auktionierung der Emissionsrechte absieht – wie dies z.B. in Dänemark geplant ist. sb